

Weidner, Helmut

Article — Digitized Version

So rettete sich Japan vor dem ökologischen Harakiri: wirtschaftliches Wachstum oder Umweltschutz?

P.-M.-Perspektive

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Weidner, Helmut (1989) : So rettete sich Japan vor dem ökologischen Harakiri: wirtschaftliches Wachstum oder Umweltschutz?, P.-M.-Perspektive, ISSN 0935-9400, Gruner + Jahr, München, Iss. Sonderheft: Mensch und Umwelt, pp. 86-89

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/123058>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

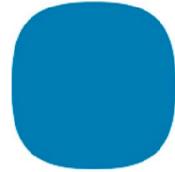
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Schauerliche Bilder gingen in den sechziger Jahren um die Welt. Sie zeigten die Opfer von Quecksilber- und Cadmiumvergiftungen in Japan. Diese Nation, so die damalige Weltmeinung, war auf dem Weg in ein »ökologisches Harakiri«. Sie stellte wirtschaftliches Wachstum über alles und nahm dafür die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen in Kauf. Auch im eigenen Land wurde diese Kritik geteilt: Ein Beamter der Stadtregierung von Tokio bezeichnete Japan als eine »Schaubühne der Umwelterstörung«.

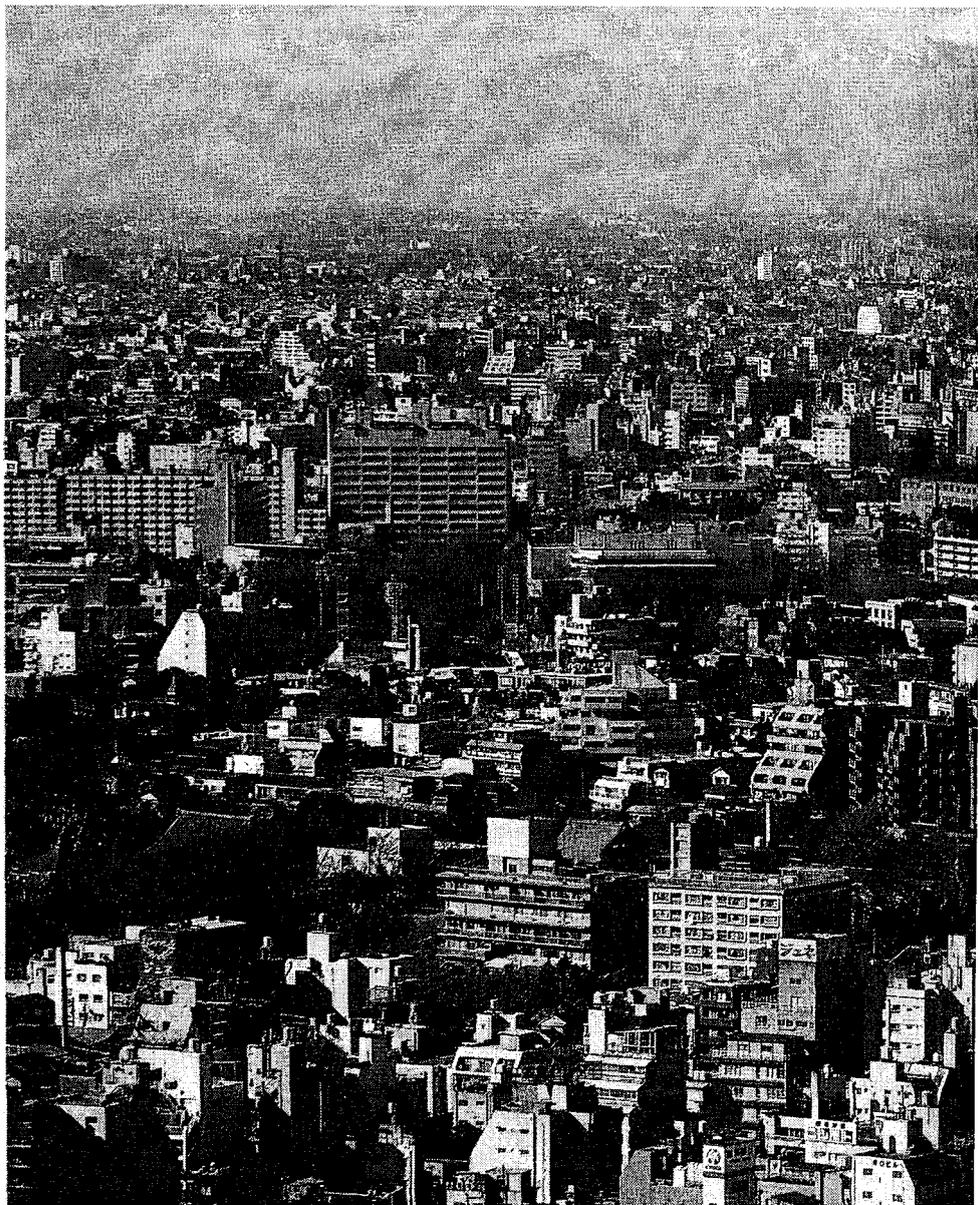
Wenige Jahre später hatte sich Japans Umwelt-Image grundlegend geändert. Wissenschaftler und Politiker aus aller Welt reisten in das Land der aufgehenden Sonne, um erfolgreiche Umweltschutzmaßnahmen vor Ort zu studieren. Ihnen diente die industrielle Supermacht nunmehr als Beleg dafür, daß auch in hochentwickelten Industriestaaten ein vernünftiger Ausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie möglich ist. Ein Bonner Ministerialbeamter war gar so beeindruckt, daß er Tokio zu einem »Mekka der Umweltpolitik« ausrief.

Dies war jedoch des Guten zuviel: Trotz unbestrittener und teilweise einzigartiger Erfolge im Kampf gegen die Umweltverschmutzung ist Japan längst noch kein umweltpolitisches Musterland geworden.

Der dem Eiffelturm nachgebildete Tokio-Tower, um einiges höher als sein Vorbild, bietet dem Besucher von seiner Aussichtsplattform eine großartige Sicht auf die Megastadt am Pazifik. Ihm zu Füßen liegt ein schier chaotisch anmutendes Straßengewirr. Obwohl Tokios Stadtplaner seit etlichen Jahren mehrstöckige Straßen bauen, fließt der Verkehr nur zähflüssig.

Schweift der Blick vom Tokio-Tower in die Ferne, dann kommt die nahezu lückenlos mit großen Industrieanlagen und Kraftwerken gesäumte Bucht von Tokio in Sicht. Unzählige kleinere Gewerbebetriebe sind über die ganze Stadt verstreut. Grünflächen dagegen sind äußerst rar; der Palast des Tenno ist eine der wenigen Ausnahmen. Und dennoch ist der Himmel blau. Fern am Horizont, in etwa 100 Kilometern Entfernung, ist der schneebedeckte Kegel des heiligen Berges Fudschijama zu sehen. Das war nicht immer so.

In den sechziger Jahren, als Umweltschutz noch ein Fremdwort in Japan war, zeigte sich der Berg den Einwohnern von Tokio nur an einigen wenigen Wintertagen, wenn der Wind kräftig blies. Die Menschen litten unter der Belastung der Luft durch die Abgase von Industrieanlagen und Millionen von Kraftfahrzeugen. Winters wie sommers lag eine dichte Smoglocke über der Stadt. Die Reizgase Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid und Kohlenwasserstoffe ließen die Augen tränen und die Zahl der Atemwegerkrankungen hochschnellen. Oft blieben Schulen geschlossen, weil den Kindern der Schulweg im Smog nicht zugemutet werden konnte.

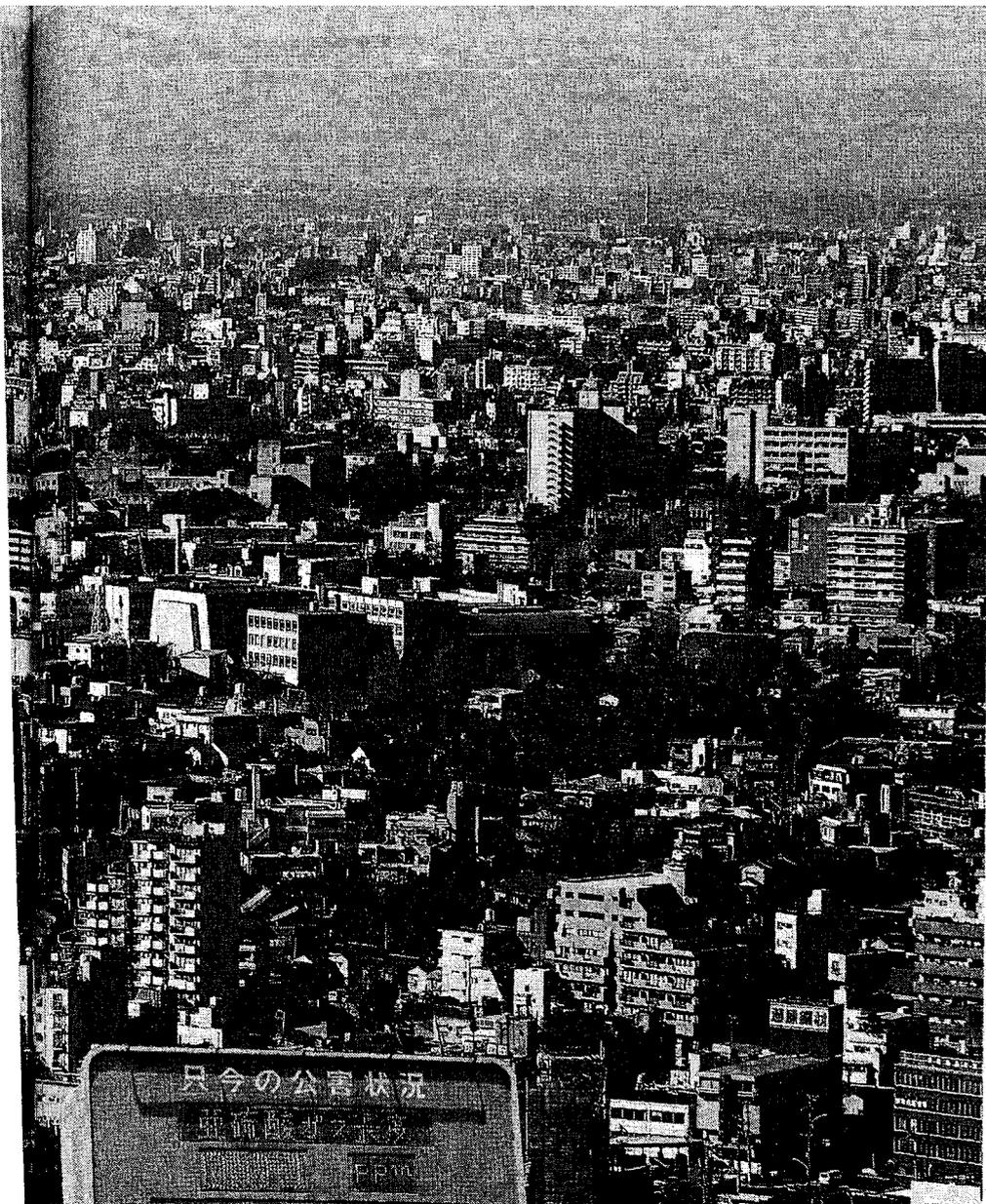


So rettete sich Japan vor dem ökologischen Harakiri

Wirtschaftliches
Wachstum
oder Umweltschutz?

In den sechziger Jahren glaubte man auch in Fernost, daß sich diese Ziele widersprechen.

Erst nach einigen Katastrophen griff man konsequent durch – und so wurde Japan (fast) zum ökologischen Musterland.



Jetzt kann man von Tokio aus wieder den Gipfel des Fudschijama sehen. Noch vor 20 Jahren war dies unmöglich, weil die Luft zu schmutzig war. Heute werden die Schadstoffe überwacht und auf diesen Tafeln (kleines Bild) angezeigt.

Den Einwohnern wurde empfohlen, ihre Freiluftaktivitäten auf das Notwendigste zu beschränken.

Wer dennoch in die Smogschleier hinausmußte, wie etwa Verkehrspolizisten, dem bot die Stadtverwaltung eine Nothilfe an: In besonders belasteten Straßen wurden sogenannte Sauerstoff-Tankstellen aufgestellt, wo die smoggeplagten Menschen frische Luft inhalieren konnten. Das half natürlich nur kurzfristig und schützte nicht gegen weitere Umweltplagen.

»Es war ja nicht nur die Luftbelastung, die das Leben in Tokio und anderen japanischen Großstädten immer unerträglicher machte«, erinnert sich Tokue Shibata, ehemals Direktor des Tokioter Instituts für Umweltforschung, »es gab damals auch keine sauberen Flüsse oder Küstengewässer mehr. Manche Flüsse waren nur noch Abwasserkanäle, und sie stanken zum Himmel. Die Abfallberge wuchsen rapide, ihre Beseitigung sprach allen ökologischen und hygienischen Kriterien Hohn. Darüber hinaus verbrauchte die Industrie solche immensen Mengen an Grundwasser, daß es in Tokio und anderen Landesteilen zu gefährlichen Bodenabsenkungen kam. Die Folge war, daß etwa 700 000 Menschen in Gebieten lebten, die unter dem Meeresspiegel lagen. Sie waren damit erhöhten Risiken durch Seebeben und Taifune ausgesetzt.«

Der industriellen Dampfwalze, die in den fünfziger Jahren ins Rollen gekommen war, fielen auch große Naturflächen zum

Opfer. Landstriche, die als Naturschönheiten galten, wurden zubetoniert oder durch Verkehrswege zerschnitten. In ländlichen Gebieten wurden in atemberaubendem Tempo industrielle Großkomplexe errichtet, wo vor allem umweltbelastende Branchen wie Schwer-, Chemie- und Mineralölindustrie sowie Kraftwerke vertreten waren. Umweltschutzvorschriften wurden von der Regierung entweder nicht erlassen, oder sie waren nahezu wirkungslos.

Wirtschaftliches Wachstum war nicht nur für die Politiker oberstes Gebot, auch die Mehrheit der Bevölkerung sah darin den besten und schnellsten Weg, einen höheren Lebensstandard zu erreichen. Gerade in ländlichen Gebieten wurden Industrieansiedlungen von den Einwohnern mit offenen Armen aufgenommen.

Diese Wachstumseuphorie schlug jedoch in massive Gegnerschaft zu industriellen Vorhaben aller Art um, als die ersten Umweltkatastrophen auftraten.

Eben noch war es üblich gewesen, begeisterte Loblieder auf die Industriebetriebe zu singen — die ersten Zeilen der Hymne der Stadt Yawata, dem ersten großen Stahlzentrum Japans, lauteten beispielsweise: »Rauchwolken füllen den Himmel. Unser Stahlwerk, an Größe unerreicht. Oh, Yawata, Yawata, unsere Stadt.« Doch nun setzte sich der Slogan einer Bürgerinitiative durch: »Lieber Reis essen unter blauem Himmel als Beefsteaks im Smog.«

Zu diesem Sinneswandel in der Bevölkerung hatten umweltbedingte Erkrankungen beigetragen, die weltweites Aufsehen erregten. Hierzu zählen insbesondere die Minamata- und die schmerzhafteste Itai-Itai-Krankheit (was etwa »Au!-Au!-Krankheit« heißt). Beide wurden durch giftige Schwermetalle in Industrieabwässern hervorgerufen: Quecksilbervergiftungen führten zu schweren Schäden des zentralen Nervensystems, durch Cadmium kam es unter anderem zu einer Schrumpfung des Skeletts und zu extrem brüchigen Knochen. Tausende von Menschen litten an diesen bis dahin unbekanntem Vergiftungen, in etlichen Fällen starben sie daran.

Eine südöstlich von Tokio gelegene Industriestadt wurde Namensgeber für eine weitverbreitete Erkrankung der Atemwege, das Yokkaichi-Asthma. Als der maßgebliche Verursacher stellte sich Schwefeldioxid heraus, das aus den Schornsteinen von Industriebetrieben und Kraftwerken in die Luft gelangte. Andere Schadstoffe aus den weitgehend ungefilterten Abgasen und Abwässern der Industriebetriebe vergifteten landwirtschaftliche Produkte sowie Fische und Seetang — beides Hauptnahrungsmittel auf der Speisekarte des Japaners.

Doch kaum waren die ersten Zeitungsmeldungen zu Vergiftungsfällen erschienen, blieben die Produzenten auf ihren Erzeugnissen sitzen. Für viele Landwirtschafts- und Fischereibetriebe bedeutete

Auf Knien bat ein Industrieboss die Kranken um Verzeihung für die Umweltverschmutzung

der Konsumboykott das wirtschaftliche Aus. Es gab wohl kein anderes Industrieland, das die Folgen einer ungezügelten Industrialisierung so früh und so schmerzhaft zu spüren bekam wie Japan.

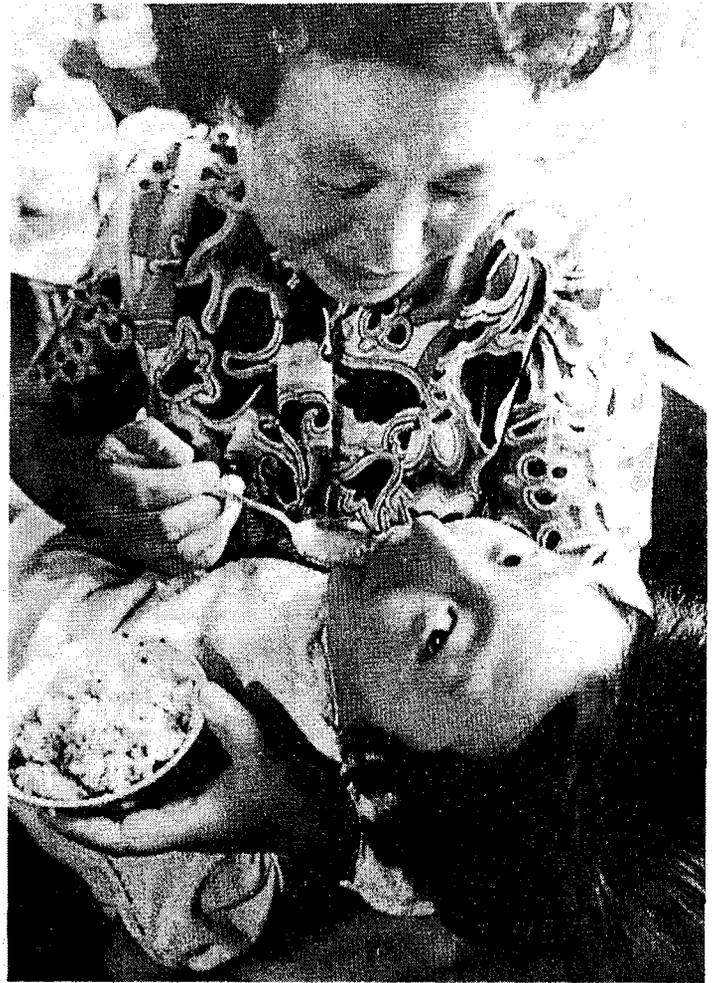
Die Rufe nach einer wirksamen Umweltschutzpolitik wurden allmählich unüberhörbar. In den Großstädten, die immer stärker unter dem rapide zunehmenden Kraftfahrzeugverkehr zu leiden hatten, aber ebenso in der traditionell konservativ eingestellten Landbevölkerung kam es zu Änderungen im Wahlverhalten. Ehedem als uneinnehmbar geltende Bastionen der konservativ-liberalen Partei, die seit Kriegsende nahezu ununterbrochen die Landesregierung stellt, fielen bei Wahlen an sogenannte progressive Kandidaten, die dem Umweltschutz einen Spitzenplatz in ihrem Wahlprogramm einräumten.

Auch nahmen allerorts die Proteste und Demonstrationen gegen die laxen Umweltpolitik zu. Mit Schrecken beobachteten Japans Politiker und Unternehmer, daß die gemeinhin als harmonieorientiert und diszipliniert geltende Bevölkerung immer häufiger zu militanten Aktionen griff. So wurden beispielsweise umweltverschmutzende Betriebe besetzt, Abwasserauslässe zugemauert, und vor den Verwaltungsgebäuden etlicher Unternehmen bezogen ökologische Mahnwachen Posten – in einem Fall für anderthalb Jahre.

Jedoch nicht allein diese Welle des Umweltprotests, die besonders in den späten sechziger Jahren durchs Land ging, führte zum Sinneswandel bei Regierung und Unternehmen. Entscheidenden Anteil hatten auch vier zivilrechtliche Gerichtsverfahren, in denen die Opfer von Umweltbelastungen hohen Schadenersatz gegen Industrieunternehmen erstritten.

In diesen vier großen Umweltschutzprozessen wurde das Haftpflichtrecht durch die Richter im Interesse der Geschädigten geradezu revolutioniert. Sie bestimmten etwa, daß ein Unternehmen auch dann für die von ihm verursachten Schäden geradestehen muß, wenn es weder vorsätzlich noch fahrlässig gehandelt hat. Den Nachweis eines beklagten Unternehmens, daß es die staatlichen Vorschriften eingehalten hatte, ließen die Richter nicht als Entlastung gelten. Im sogenannten Yokkaichi-Verfahren, wo es um Atemwegerkrankungen ging, führte der Richter hierzu aus: »Das Einhalten von Emissionsstandards schützt nur gegen Verwaltungssanktionen. Wir können nicht sagen, nur weil die Standards eingehalten wurden, hätten die Opfer ihr Schicksal erdulden müssen.«

Solche Bilder rüttelten die japanische Nation auf: Kinder hatten durch Quecksilbervergiftungen schwere Nervenschäden erlitten. Diese »Minamata-Krankheit« wurde zum ersten Anstoß für ein neues umweltpolitisches Denken in Japan.



Neben der Einführung dieser »Gefährdungshaftung« wirkten sich auch andere Erleichterungen zugunsten der Kläger aus. Sie mußten nun nicht mehr, wie zuvor, in einer lückenlosen Beweiskette darlegen, daß ein bestimmter Schadstoff eines bestimmten Unternehmens zu einer bestimmten Schädigung geführt hatte. Jetzt genügte es, wenn die Zusammenhänge lediglich plausibel gemacht werden konnten. Im Yokkaichi-Gerichtsverfahren reichte es beispielsweise aus, anhand von Statistiken nachzuweisen, daß die Atemwegerkrankungen in der Stadt mit dem steigenden Schadstoffausstoß der größten Unternehmen zugenommen hatten.

Alle beklagten Unternehmen erkannten die gegen sie ergangenen Urteilsprüche an. Sie zahlten nicht nur die hohen Entschädigungssummen, sondern entschuldigten sich auch bei den Opfern. Großes Aufsehen erregte dabei die vom Fernsehen landesweit ausgestrahlte Szene, als der Präsident von Nippon Chisso vor Opfern der Minamata-Krankheit niederkniete und sie um Verzeihung für das Leid bat, das sein Unternehmen ihnen durch die Umweltvergiftung zugefügt hatte.

Industrie und Regierung waren nun zum Handeln gezwungen, um wieder an Glaubwürdigkeit zu gewinnen. In enger Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsverbänden steckte die Regierung klare Ziele für drastische Umweltverbesserungen ab, die

durch gesetzliche und technische Maßnahmen realisiert wurden.

Das gelang nicht nur durch die sehr strengen gesetzlichen Vorschriften, sondern ebenfalls durch die Bereitschaft der Unternehmen, große Summen in den Umweltschutz zu investieren und ihre Pläne mit den Bürgern in der Nachbarschaft abzustimmen. Die Phase des ökologischen Raubbaus fand damit ihr Ende.

Im Umweltschutzbereich verlief es jetzt wie zuvor in der Wirtschaftspolitik: War erst einmal ein nationaler Konsens über den zukünftigen Weg gefunden, dann wurde geklotzt, nicht gekleckert. In wenigen Jahren wurde aus dem umweltpolitischen Entwicklungsland Japan ein ökologischer Vorreiter.

Auch im Umweltschutz wurde geklotzt, nicht gekleckert

Schon in den frühen siebziger Jahren gingen die ersten Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen bei Kraftwerken in Betrieb; bereits 1975 waren nahezu alle größeren Industrieanlagen mit diesen Reinigungstechniken ausgerüstet. Die Luft wurde wieder atembar. Die Abwässer wurden mit teuren Kläranlagen gesäubert. Schon bald ließen sich hochgiftige Schadstoffe (wie etwa Arsen, Cadmium, Quecksilber) in den japanischen Gewässern meßtechnisch nicht mehr

nachweisen. Auch die Automobilproduzenten wurden in die ökologische Pflicht genommen. Ihnen wurden die strengen amerikanischen Abgasstandards vorgeschrieben. Ende der siebziger Jahre war jeder japanische Pkw, ob groß oder klein, mit einem Abgaskatalysator ausgerüstet.

Die japanische Regierung förderte außerdem systematisch die Umstellung industrieller Produktion auf energie- und materialsparende Verfahren. Vielen problematischen Industriezweigen wurde eine aktive »Schrumpfungspolitik« verordnet.

Die Erfolge im Umweltschutz sind jedoch nicht allein den technischen Innovationen zu verdanken. Die Japaner erwiesen sich auch bei den politischen Kontroll- und Regelungsverfahren als sehr einfallreich. Weltweit einmalig ist beispielsweise das 1974 gesetzlich eingeführte Schadenersatzsystem: Bürger, deren Gesundheit durch die Umweltbelastung beeinträchtigt ist, erhalten Entschädigungen. Der Leistungskatalog reicht von Beihilfen zu Medikamenten über Renten im Falle der Erwerbsunfähigkeit bis hin zu Begräbnisbeihilfen im Todesfall, dem »Kondolenzgeld«, wie Umweltgruppen es bezeichnen.

Gegenwärtig gibt es in Japan über 100000 staatlich anerkannte Umweltverschmutzungsoffer – so die offizielle Bezeichnung –, die auf Grundlage des Gesetzes unterstützt werden. Das kostet viel Geld – und das holen sich Japans Umweltbeamte zum größten Teil von der Industrie: Alle größeren Betriebe müssen eine Abgabe auf ihren Ausstoß von Schwefeldioxid zahlen. Das Verursacherprinzip, das hier zur Anwendung kommt, entlastet nicht nur die Staatskasse, es verstärkt ebenfalls die Reinigungsanstrengungen im Industriebereich. Denn, so der Umweltökonom Kenichi Miyamoto, »wo Umweltverschmutzung Geld kostet, da kommt es zu einer Blüte umwelttechnischer Innovationen.«

Wer eine ökonomisch rationale Umweltpolitik betreiben will, muß ein hohes Maß an Informationen über Schadstoffströme und Umweltbelastungen besitzen. In vielen Ländern scheuen sich die Verantwortlichen davor, solche unangenehmen Daten zur Kenntnis zu nehmen. Ganz anders in Japan: Schon 1970 wurde hier die modernste Elektronik zur Erhebung von Umweltdaten eingesetzt. Und heute ist Japan auf dem Sektor Umweltinformation Spitzenreiter.

Nirgendwo sonst in der Welt werden Daten zur Luft- und Gewässerbelastung so umfassend erhoben, verarbeitet und veröffentlicht. Die Bürger sind deshalb gut darüber informiert, wer die großen Umweltverschmutzer sind und wie es um die Umweltqualität steht. So zeigen etwa auf öffentlichen Plätzen installierte elektronische Schautafeln fortlaufend die Luftbelastung mit verschiedenen Schadstoffen sowie die Lärmpegel an.

Bürger und Verwaltung in Japan nehmen auch starken Einfluß auf das Umweltverhal-

ten der Firmen vor Ort. Das geschieht in der Regel durch Vereinbarungen, die sie mit den Unternehmen abschließen. Hierbei werden den Betrieben Umweltmaßnahmen abgehandelt, die oftmals weitaus strenger sind, als es die Gesetze vorschreiben. Etwa 30000 solcher »Gentlemen's Agreements« gibt es.

Vertreter der japanischen Industrie klagen zwar hin und wieder über zu strenge Forderungen von Bürgerinitiativen. Mehrheitlich teilen sie jedoch die Meinung von Ingenieur Kobayashi, dem Umweltschutzbeauftragten des Stahlwerks Kawasaki Steel Company: »Wir streben ein gutes Auskommen mit den Einwohnern an unserem Standort an. Umweltschutzvereinbarungen sind das beste Mittel, diesen Willen auch zu demonstrieren.«

Im Unterschied zu vielen anderen Ländern, wo Politiker und Unternehmer auch heute noch recht häufig die Ansicht vertreten, strenge Umweltschutzanforderungen könnten der Wirtschaftsentwicklung schaden, hört man aus Japans Unternehmerkreisen solche Befürchtungen eher selten. Es gibt dazu aufgrund der bisherigen Entwicklung in Japan auch gar keinen Anlaß. Im ostasiatischen Inselreich gibt es zwar mit die strengsten Umweltschutzvorschriften, doch hat das unterm Strich zu keiner Überbelastung der Wirtschaft geführt.

Es spricht vieles dafür, daß sich die strengen Regelungen und hohen Investitionen im Umweltschutzbereich insgesamt gelohnt haben. Das Bruttosozialprodukt Japans wuchs zwischen 1971 und 1981, also in dem Zeitraum, in dem der Großteil dieser Investitionen anfiel, durchschnittlich um rund fünf Prozent pro Jahr. Nachteilige Folgen für die Beschäftigungssituation, Geldwertstabilität oder den Export sind nicht bekannt.

So wurde japanische Umwelttechnik zum Exportschlager

Die strengen Regelungen für Luftschadstoffe gaben den Stromversorgungsunternehmen einen kräftigen Anstoß zu Energiesparmaßnahmen. Sie wirkten sich bei den Ölpreiskrisen von 1973 und 1979 sehr günstig aus, denn nun brauchte nicht mehr so viel Öl zu höheren Preisen importiert zu werden.

Entwicklung und Bau von Umweltschutzanlagen erhielten und schufen Arbeitsplätze: im Bausektor, in der Maschinen- sowie der Eisen- und Stahlindustrie. Da die japanischen Pkws im Lande alle schon seit längerem mit Katalysatoren ausgerüstet werden, kennen sich die fernöstlichen Automobilproduzenten mit dieser Technik inzwischen gut aus; sie sind gewappnet, falls die europäischen Länder strenge Abgasgrenzwerte zur Pflicht machen. Lizenzen für Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen werden zunehmend zu einem japanischen Exportschlager.

Die strengen umweltpolitischen Maßnahmen haben die japanische Wirtschaft also gestärkt. Diese wirtschaftliche Supermacht flößt vielen anderen Staaten gegenwärtig Furcht ein. Das sind aber nicht selten jene Länder, die bislang nur wenig für den Umweltschutz getan haben, um ihre alten Industrien zu schonen.

Gleichwohl gibt es auch in Japan noch schwerwiegende Umweltprobleme. Ein Großteil der Bevölkerung in den Städten klagt über zu hohe Lärmbelastungen; die Gewässer enthalten zwar keine Gifte mehr, aber sauber sind sie noch lange nicht. Das für die Meeresbiologie tödliche extreme Algenwachstum kennt man auch in Japan. Die Abfallmengen aus dem Haushalts- und Gewerbebereich nehmen schneller zu als die Deponieplätze – ein Müllnotstand zeichnet sich ab.

Selbst in umweltpolitischen Erfolgsbereichen wird neuerdings eine negative Trendwende deutlich. Seit einiger Zeit steigt beispielsweise in den Zentren der großen Städte auch wieder der Schadstoffanteil in der Atemluft. Als Ursache wurde das Automobil ausgemacht. Trotz der strikten Abgasvorschriften kommt es vor allem zu einer Zunahme von Stickoxiden und Kohlenwasserstoffen.

Die Behörden warnen auch vor hohen, gesundheitsgefährdenden Ozonkonzentrationen. Das war im Mai dieses Jahres ebenso in der Bundesrepublik Deutschland der Fall. Im Unterschied zu Japan können die Wissenschaftler hierzulande jedoch keine präzisen Angaben über das tatsächliche Ausmaß der Gefährdung machen, da nur sehr wenige Ozonmeßgeräte in Betrieb sind.

Trotz aller Erfolge verbleibt den Japanern mithin immer noch eine breite Palette an Umweltproblemen. Die japanischen Umweltpolitiker sind auch schon auf der Suche nach geeigneten Lösungsansätzen. Zur Verminderung der Verkehrsprobleme erhoffen sie sich Anregungen vor allem aus Europa. Es kommt nun zu einem Reiseboom japanischer Umweltbeamter und Politiker in westliche Industriestaaten, in denen neue verkehrspolitische Konzepte ausprobiert werden. »Abgucken und besser machen« – dieses Motto des japanischen Export- und Wirtschaftserfolgs gilt auch in Sachen Umweltschutz.

Es gibt bereits Beispiele dafür, daß Japaner eine große Fähigkeit besitzen, ausländische Entwicklungen im eigenen Lande schneller anzuwenden, als es im Ursprungsland geschieht. Die Technik der Rauchgasentschwefelung beispielsweise war ursprünglich in der Bundesrepublik erfunden worden. Nur ließ sie sich hier damals politisch nicht durchsetzen. In Japan aber wurde das Verfahren zur technischen Reife gebracht und dann gewinnbringend exportiert. Eines der Hauptabnehmerländer: die Bundesrepublik Deutschland.

Helmut Weidner